



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

16.04.02

Presseerklärung

Grüne verlangen Aufklärung der skandalösen Vorgänge beim Grundstücksverkauf an die Max-Planck-Gesellschaft

Die Berichterstattung über den skandalösen Ankauf eines stadteigenen Grundstückes werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Anlaß nehmen, rückhaltlose Aufklärung über dieses Vorgehen einzufordern.

Dazu gibt Fraktionssprecherin Daniela Schneckenburger folgende Stellungnahme ab:

„Das Verhalten des damaligen Kämmerers und heutigen Oberbürgermeisters Dr. Langemeyer sowie des Liegenschaftsdezernenten Fehle mann ist nur als Ungeheuerlichkeit zu bewerten. In unglaublich ignorant und selbstherrlicher Weise wurden Steuergelder in einem Umfang verschleudert, der angesichts der aktuellen Spardiskussion über Einsparvolumina in wesentlich geringerer Höhe zu Lasten von Kindern und Jugendlichen besonders grotesk anmutet.

Das Beschlußrecht des Rates wurde mit Füßen getreten. Kämmerer und Dezernent haben dem Rat die eindeutige Rechtslage verschwiegen. Obwohl die beteiligten Ämtern mit Hinweis auf den gültigen Vertrag von 1929 vor einer Kaufpreiszahlung gewarnt haben, liessen Langemeyer und Co. die politischen Repräsentanten wissentlich in Unkenntnis und haben damit die Beschlussfassung des Rates manipuliert.

Die Verantwortung für diesen Vorgang muß schnellstmöglich geklärt werden. Die Stellungnahme von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer ist wenig überzeugend und erweckt den Eindruck, dass es ihm vor allen Dingen um die Abwälzung von Schuld auf Personen geht, die längst nicht mehr im Dienst der Stadt Dortmund stehen. Fakt ist, dass dem Rat Informationen vorenthalten und er über die bestehende Rechtslage getäuscht wurde. Dies wird auch von Oberbürgermeister Langemeyer eingeräumt. Dafür trägt er die Verantwortung.



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden per Dringlichkeit im Rat beantragen, dass der gesamte, vom Rechnungsprüfungsamt bereits aufbereitete Vorgang vor dem Rat erläutert wird und die seinerzeit beteiligten Verantwortlichen Stellung beziehen. Nicht nur „Roß und Reiter“ müssen benannt, sondern auch die Motive für dieses unrechtmässige Verwaltungshandeln aufgeklärt werden. Wir werden darüber hinaus Alteneinsicht beantragen, um diesen Fragen, unabhängig von den Aussagen der Beteiligten, nachzugehen und gegebenenfalls Konsequenzen, nämlich den sofortigen Rücktritt der Verantwortlichen, einzufordern. Strafrechtliche Konsequenzen sind ebenfalls zu prüfen.“

Kleine Schulen erhalten – soziale Funktion der Grundschulen erhalten Kurze Beine brauchen kurze Wege!

Bei der so genannten Infrastrukturevision sind die kleinen Grundschulen Dortmunds ins Visier des Oberbürgermeister geraten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die „intuitive Phase“ der Infrastrukturevision, die u. a. mit der Vorlage für die Primarschulen morgen im Haupt- und Finanzausschuss eingeläutet wird, für eine weiteres Beispiel einer sozial rücksichtslosen Politik.

Aus Gründen vermeintlicher Kosteneinsparung sollen die Dortmunder Grundschulen zukünftig mindestens zweizügig sein. Die Durchführung dieser Maßnahme hätte die Schließung von bis zu 14 Grundschulen zur Folge. Für die vier kleinsten Grundschulen im Süden Dortmunds (Loh, Kruckel, Wichlinghofen und die Friedrich-Ebert Schule in Schüren), wird zum Beispiel auf eine Einsparung der Betriebskosten in Höhe von 400 000 Euro pro Jahr spekuliert.

Die Vorlage weist aus, dass durch die demografische Entwicklung, bis zum Schuljahr 2011/12 mittelfristig 89 Räume in Massivbauweise, verteilt über 93 Schulgebäude, entbehrlich seien. Es ist kaum vorstellbar, dass die verstreuten Räume sich für eine andere einnahmebringende Nutzung eignen.

Auch die im Zusammenhang mit den Schließungen von Grundschulen geplante Veränderung der Schulbezirksgrenzen ist problematisch und langwierig. Mögliche Ersparnisse durch Schulzusammenlegungen müssten mit den Kosten für den SchülerInnentransport gegengerechnet werden, für den die Stadt aufkommen muss.

Nach der vorläufigen Schulstatistik ist für das kommende Schuljahr an keiner Grundschule die Zahl der Anmeldung zu niedrig für die Einrichtung neuer Eingangsklassen. Auch hieraus lassen sich keine Argumente für Grundschulschließungen ableiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinen, dass sich an dieser Vorlage zeigt, dass die Spardiskussion in Dortmund wieder einmal an der falschen Stelle geführt wird. Vor dem Hintergrund der breiten Bildungsdiskussion, die im Zusammenhang mit der PISA-Studie in Gang gekommen ist, zeigt sich deutlich, dass im Bildungsbereich wesentlich mehr als bisher investiert werden muss, um die Zukunftsfähigkeit zu erhalten.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Eine Infrastrukturrevision im Bereich Schulen kann erst erfolgen, wenn die inhaltlichen und pädagogischen Kriterien für die Schulentwicklung in Dortmund diskutiert und verabschiedet sind. Erst dann kann eine sinnvolle Prognose für den zukünftigen Raumbedarf und damit auch über einzelne Schulstandorte entwickelt werden.

Die ExpertInnen im Bereich Bildung/Erziehung sind sich darüber einig, dass das Bildungs- und Erziehungsangebot qualitativ und quantitativ verbessert werden muss. Dazu zählen u. a. auch besondere Fördermaßnahmen, Betreuungsangebote über den Mittag hinaus, Arbeitsgruppen u. ä. auch am Nachmittag, die Öffnung der Schulen in die Stadtteile hinein und vieles mehr. Diese qualitative Verbesserung hat jedoch immense Auswirkungen auch auf die Versorgung der Schulen mit Räumlichkeiten.

Vor diesem Hintergrund kommen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Auffassung, dass die Schulen keine Möglichkeiten zu Einsparungen bieten – im Gegenteil im Sinne unserer Kinder und unserer Zukunft werden wir hier verstärkt investieren müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden alles tun, um eine Durchsetzung dieser unausgegorenen und wenig zukunftsweisenden Vorschläge zu verhindern. Die Idee, Grundschulen zu schließen, liegt auf derselben Linie wie die Überlegung, die Horte zugunsten zusätzlicher Betreuungsangebote an den Grundschulen abzuschaffen. Einsparungen in diesen Bereichen verbauen die Zukunft der künftigen Generation und vernichten Arbeitsplätze von Eltern und ErzieherInnen und LehrerInnen. Ist das das neue Dortmund, das der OB im Blick hat?